

Ex-Chef der Hamburger Wasserwerke kritisiert geplante Fusion

"Wasserwirtschaft braucht eigene Lobby"

Alterspräsident gegen Ausverkauf an Energiekonzerne. Versorgung dürfe nicht der Gewinnmaximierung ausgesetzt werden.

Von Beate Kranz

Hamburg -

Hanno Hames schlägt Alarm. Der ehemalige langjährige Chef der Hamburger Wasserwerke (HWW) und heutige Alterspräsident der größten Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfachs (DVGW) sieht die Eigenständigkeit der deutschen Wasserwirtschaft in Gefahr. Er fürchtet, dass die großen Strom- und Gaserzeuger zunehmend Einfluss auf die Wasserversorgung nehmen könnten.

Anlass ist der Plan des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), bereits 2007 mit dem Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) zu fusionieren, um gegenüber Bund, Ländern und der EU-Kommission noch schlagkräftiger zu werden. Ziel des geplanten Zusammenschlusses ist es, "einerseits die Energiepolitik und Regulierung angemessen mitgestalten zu können und andererseits die für die Gas- und Strombranche notwendigen unternehmerischen Freiräume offenzuhalten", heißt es in dem aktuellen Vorstandsbeschluss des BGW, der dem Abendblatt vorliegt. Zwar soll der Trink- und Abwasserbranche eine besondere Eigenständigkeit eingeräumt werden. Doch diese Konstruktion wird innerhalb des Verbands stark in Frage gestellt.

Hames fürchtet, dass die Wasserwirtschaft mit der Fusion unter die Mühlräder der Energiekonzerne geraten könnte. Er lehnt deshalb die Einbindung der Wasserwirtschaft unter dem Dach der Strom- und Gasbranche kategorisch ab. "Die Ziele der Wasser- und der Stromwirtschaft liegen völlig auseinander", so Hames. Er sieht keine Berührungspunkte. Während Strom und Gas in einem liberalisierten Markt um Kunden konkurrieren, sei Wasser keine gewöhnliche Handelsware.

"Die Wasserversorgung ist nur in einer Monopolstruktur zu organisieren", so Hames. Schließlich könnte zur Sicherung der Qualität nicht jeder Anbieter eigenes Wasser in die Leitungen einspeisen. Statt Profitmaximierung stünden beim Trinkwasser "Versorgungssicherheit, Qualität, Nachhaltigkeit, Ressourcensicherheit und soziale Preise" im Vordergrund.

"Die Wasserversorgung darf nicht allein der Gewinnmaximierung ausgesetzt werden. Das kommt dem Ausverkauf der Wasserwirtschaft gleich", so Hames. Entsprechend lehnt der Wasserexperte nicht nur die Liberalisierung des Marktes, sondern auch eine Privatisierung von Versorgern ab. Selbst die EU-Kommission bemühe sich nicht mehr um eine Liberalisierung des Wassermarktes. Auch in Hamburg ist die Privatisierung der HWW vom Tisch.

Eine Bündelung der Interessen der Strom- und Wasserunternehmen bringt laut Hames auch "keinerlei politische, wirtschaftliche, finanzielle, technische oder wissenschaftlichen Vorteile für den Bürger". Vielmehr werde durch den Zusammenschluss der gute Ruf der Wasserbranche bei den Kunden durch die gegenwärtig umstrittene Preispolitik der Energiekonzerne sogar beschädigt. Hames befürchtet zudem, dass durch die Verbändefusion der Zugriff durch die Energiekonzerne auf die Wasserwirtschaft vorbereitet werde. "Durch den Zukauf von Wasserversorgern, könnten Energieversorger die Kunden noch enger an sich binden."

Und Hames steht mit seiner Meinung offenbar nicht allein da. Bereits vor einem Jahr sprachen sich die Fachvorstände des Wasserbereichs im BGW und DVGW - in dem alle Wasserversorger in Norddeutschland vertreten sind - einstimmig gegen eine Interessenvertretung innerhalb eines Energieverbands aus. Auch bundesweit teilen Wasserwirtschaftler diesen Standpunkt. Dies sei "egal wie geartet" schlichtweg "nicht zielführend", so die Vorstände.

Vielmehr sähen sie ihre Interessen lieber in einem völlig unabhängigen eigenen Verband vertreten, um künftig mit einer Branchenstimme zu sprechen. Allerdings fehle den Mitgliedern der Wasserwirtschaft derzeit zu einem solchen Schritt in die Unabhängigkeit offenbar der Mut, kritisiert Hames. Aus seiner Sicht sei es aber wichtig, eine eigene Lobby zu haben, die sich auch in Zukunft für die bürgernahe Wasserversorgung starkmache. Schließlich sei Wasser "eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Zivilisation".

Die Energiekonzerne erhoffen sich von der Fusion eine noch effizientere Vertretung. Viele der 750 VDEW-Mitgliedsfirmen wie E.on, RWE und zahlreiche Stadtwerke, sind sowohl im Strom- wie im Gasmarkt aktiv, manche zusätzlich im Wassergeschäft. Konkret wollte sich aber kein Konzern zu der Fusion äußern.

Der BGW spielt die interne Kritik der Wasservertreter in dem Verband "als nicht mehr so dramatisch" herunter. Schließlich habe der Vorstand ohne Gegenstimmen den Fusionsgesprächen zugestimmt. Im BGW sind derzeit 1300 Versorger organisiert, die 80 Prozent des Wasserbedarfs liefern. Noch gibt es Gestaltungsspielraum. Die Fusion wird erst rechtskräftig, wenn die Mitglieder dem Zusammenschluss mehrheitlich zugestimmt haben.

erschieden am 22. November 2006 im Hbg. Abendblatt